



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 75. Ratssitzung vom 14. Dezember 2023

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/430, Anträge 043. und 044.  
sowie Postulat GR Nr. 2023/573

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),  
Kapitalaufnahmen 2024

Gemeinsame Behandlung der Anträge 043. bis 045. (Postulat GR Nr. 2023/573)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Johann Widmer (SVP):** Die Stadt baut sich zu einer Velostadt um. Bald ist es soweit, dass wir 100 Prozent Velos und 0 Prozent Autos auf den Strassen haben. Deshalb unser Kürzungsantrag. Es braucht keine Tempolimitmessungen mehr, keine Verfolgung lapidarer Überschreitungen und keine Kontrollen des ruhenden Verkehrs. Das soll nicht die Hauptbeschäftigung der Polizei sein. Wir meinen es todernst, wenn wir sagen, man könne gut und gerne bei den Radaranlagen beginnen. Warten wir diese nicht mehr. Diese Kosten können wir uns sparen. Und wenn die Radaranlagen dann nutzlos sind, können wir sie verschrotten oder wiederverwenden und sie zum Beispiel in die Ukraine exportieren. Wir stellen den Antrag, das Budget zu kürzen. Die Radaranlagen sollen nicht mehr gewartet und anschliessend anderweitig verwendet werden.

**Sven Sobernheim (GLP):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass Verkehrssicherheit ein wichtiges Gut ist und in dieser Stadt auch kontrolliert werden soll.

**Derek Richter (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2606/2023): Es geht uns bei diesem Vorstoss um den Verzicht auf den Einsatz von elektronischen Aufnahmegeräten bei Automatischen Zufahrtskontrollen (AZK). Diese Geräte scannen Fahrzeugnummern und kontrollieren so, vor allem in den Kreisen 4 und 5, das Nachtfahrverbot. Wegen dieser Geräte fühlt man sich in die Zeiten Zwinglis zurückversetzt. Im Vergleich zu den stationären oder semi-stationären Radaranlagen, die in einzelnen Fällen mit Verkehrssicherheit in Verbindung gesetzt werden können, steht bei den AZK-Geräten der reine monetäre Gewinn im Vordergrund. Diese Geräte haben mit Verkehrssicherheit nichts zu tun. Es kann zum Beispiel jemand unter Drogen- und/oder Alkoholeinfluss durch ein solches Durchfahrverbot fahren. Diese Person kassiert zwar automa-



*tisch eine Busse in der Höhe von 100 Franken. Ob die Person aber den Verkehr gefährdet hat, wird nicht überprüft. Wir möchten deshalb, dass diese Kontrollen wieder vor Ort durchgeführt werden. Das Fahrverbot stellen wir nicht infrage. Aber die Verhältnismässigkeit ist nicht gewahrt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** *Das Ziel der AZK ist es, die verbotenen Einfahrten ins Nachtfahrverbot zu reduzieren und die Anwohnenden in der Nacht vor störendem Verkehrslärm zu schützen. Es geht nicht um die Verkehrssicherheit, sondern um den Verkehrslärm in der Nacht. Beim Standort Magnus-/Schöneeggstrasse zum Beispiel gilt von 22.00 bis 5.30 Uhr ein Nachtfahrverbot. Mit der AZK sind die Einfahrten von durchschnittlich 103 auf 10 Übertretungen pro Nacht zurückgegangen. Die AZK haben also eine Wirkung gezeigt. Wenn man eine ähnlich gute Wirkung mit Kontrollen vor Ort erreichen möchte, müsste man die Kadenz der Kontrollen zwischen 22.00 und 5.30 Uhr erhöhen. Dafür müssten mehrere hundert Einsatzstunden pro Monat und pro Standort eingesetzt werden. Die Stadtpolizei betreibt heute sechs AZK-Standorte. Zur momentan sehr hohen Belastung der Mitarbeitenden der Stadtpolizei würden zusätzliche Einsätze im vierstelligen Stundenbereich pro Monat dazukommen. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat nicht zu unterstützen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Derek Richter (SVP):** *STR Karin Rykart hat mit ihren Ausführungen gezeigt, wo sie den Schwerpunkt setzt. Es geht ihr nicht um die Sicherheit vor Ort, sondern nur um Abzocke. Dass diese Gebiete in der Nacht durch den Gewerbeverkehr quasi nicht mehr bedient werden können, nimmt sie billigend in Kauf. Die grüne Vorsteherin missbraucht hier einmal mehr das Auto als Milchkuh der Nation und sie degradiert die Polizei zur reinen Geldeintreiberin dieser Stadt. Auch das Lärmargument ist lächerlich. In diesem Gebiet gilt Tempo 30. Wie kann es da zu Verkehrslärm kommen? STR Karin Rykart ist die Sicherheit vor Ort egal. Es geht ihr nur um die Vertreibung und ums Abzocken des motorisierten Individualverkehrs (MIV).*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Bei den AZK geht es nicht um Abzocke. Sie sind eine Gegenmassnahme, weil – als Sparmassnahme – die Barrieren abgebaut wurden. Wir haben jetzt also eine günstigere Massnahme, die denselben Zweck erfüllt.*

**Michael Schmid (AL):** *Diese Anträge sind absurd. Es ist unverständlich, wie die Radaranlagen nicht mehr gewartet, dann verschrottet und/oder später in die Ukraine geliefert werden sollen – und das alles auch noch kostenneutral. Ausserdem verstehe ich nicht, weshalb die SVP, die sich sonst als «Law-and-Order»-Hüterin aufspielt, beide Augen zudrücken will, wenn Autofahrer durch Wohnquartiere fahren, damit Leben gefährden und übermässig Lärm verursachen.*



**Markus Knauss (Grüne):** *Ich richte mich an die SVP-Fraktion und frage euch: Wollt ihr euch wirklich mit solchen Anträgen und Voten in der Öffentlichkeit darstellen?*

**Stephan Iten (SVP):** *Markus Knauss (Grüne), du bist die falsche Person, um uns diese Frage zu stellen und uns Vorwürfe zu machen. Und ja, wir haben uns gestern für die Stadtpolizei eingesetzt und nicht für stadtpolizeiliche Roboter. Das ist ein Unterschied. Jetzt sprechen wir von Anwohnerschutz. Diskutiert man mit den Leuten und dem Gewerbe an der Langstrasse, hört man, dass nicht der Autolärm, sondern der Partylärm stört. Und komischerweise führt man genau in dieser Partymeile ein Nachtfahrverbot zum Schutz der Anwohnenden ein. Wenn Sven Sobernheim (GLP) sagt, die Verkehrssicherheit sei ein wichtiges Gut, möchte ich erwidern: Es werden Blitzkästen aufgestellt. Und welche Verkehrsteilnehmer werden damit kontrolliert? Nur die einen. Ich erinnere mich noch an die Antwort auf eine Schriftliche Anfrage zum zusätzlichen Blitzkasten am Bucheggplatz. Darin hiess es, dieser habe mit der Verkehrssicherheit zu tun. Wenn ich aber am Bucheggplatz vor dem Rotlicht stehe, fahren rechts und links die Velofahrer über das Rotlicht. Wir sprechen also von Verkehrssicherheit, wenn ein Verkehrsteilnehmer kontrolliert wird, der sich grossmehrheitlich an die Regeln hält, während man andere, die die Verkehrssicherheit missachten, gewähren lässt. Seid wenigstens so ehrlich und gebt zu, dass ihr die Blitzkästen wollt, um das «Stadtkässeli» zu füllen. Die SVP fordert keine automatischen Verkehrskontrollen, sondern Kontrollen vor Ort – und zwar so, dass sämtliche Verkehrsteilnehmer gleichbehandelt, gleich kontrolliert und gleich gebüsst werden.*

**Andreas Egli (FDP):** *Wir sind mit der SVP einig, dass es nicht bei allen Radaranlagen nur um die Verkehrssicherheit geht. Wenn heute aber gleiches Recht für alle gefordert wird, ist es schizophren, gleichzeitig zu verlangen, dass alle Blitzer beseitigt werden sollen. Letztlich dienen die Blitzer tatsächlich der Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit durch die Automobilistinnen und Automobilisten. Diesbezüglich steht es nicht nur zum Besten. Aber es steht auch bei den Velofahrenden bei der Einhaltung der Verkehrsregeln nicht nur zum Besten. Die Rechtsordnung gilt unabhängig davon, ob man diese im Einzelfall super findet. Deshalb geht es nicht an, zu kritisieren, wenn STR Karin Rykart die Einhaltung dieser rechtsstaatlich beschlossenen Massnahmen umsetzen will. Wir hatten in diesem Rat darüber gestritten, ob die automatischen Kameras besser sind als Barrieren. Jetzt haben wir die Blitzlichtautomaten. Ich hatte damals schon gesagt, dass deshalb die eine oder andere Busse ausgestellt werden muss. Aber wenn wir heute hören, dass sich die Bussen von 100 auf 10 pro Nacht reduziert haben, sind wir in einem einigermaßen vernünftigen Verhältnis. Das lässt sich rechtfertigen.*



4 / 5

S. 222	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3151 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>043.</b>	Antrag Stadtrat				1 528 900	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			530 000		998 900	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Radaranlagen nicht mehr warten				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 044.

Wortmeldungen siehe Antrag 043.

S. 222	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3151 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>044.</b>	Antrag Stadtrat				1 528 900	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				500 000	2 028 900	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Kosten für die Verschrottung aller Radaranlagen und das Pflanzen von neuen Bäumen an deren Stelle. Die Verschrottung wird gemäss Stadtrat nichts kosten, da man die Radaranlagen beim Aufbau in der Ukraine einsetzen kann.				



5 / 5

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

**2645. 2023/573**

**Postulat von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.12.2023:  
Verzicht auf den Einsatz von elektronischen Aufnahmegeräten bei der  
Zufahrtskontrolle (AZK)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 043.

Derek Richter (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2606/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 12 gegen 107 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat